

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 54. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/054/2014)

am Donnerstag, 8. Mai 2014,

18:00 Uhr

**im Stadtmuseum, Festsaal, 3. Etage,
Wilsdruffer Straße 2 (Eingang: Landhausstraße) , 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Monika Schiemann

Patrick Schreiber

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

SPD-Fraktion

Dr. Cornelia Hähne

FDP-Fraktion

Barbara Lässig

Fraktion Bündnis Freie Bürger

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Melanie Hörenz

Dr. Dirk Jordan

Thomas Pallutt

Carsten Schöne

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Markus Degenkolb

Angelika Fischer

Detlef Lenk

Claus Lippmann

Valentina Marcenaro

Martin Seidel

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Roland Wirlitsch

Thomas Wünsche

Georg Zimmermann

Stellvertretende Mitglieder

Silke Kultscher

Anke Lietzmann

Gunter Thiele

Vertretung für Herrn Christoph Stolte

Vertretung für Herrn Jens Hoffsommer

Vertretung für Herrn Stefan Zinkler

Abwesend:

CDU-Fraktion

Stefan Zinkler

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

stimmberechtigte Mitglieder

Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Christin Ehrig

Christina Koch

Anna Korndörfer

Verwaltung:

Frau Haase

Frau Röhr

Frau Puschbeck

Herr Görden

Herr Näke

Frau Höppler

Frau Eulitz

Geschäftsbereich Soziales

Jugendamt

Jugendamt

Jugendamt

Jugendamt

Büro Gleichstellungsbeauftragte

Rechtsamt

Gäste:

Herr Falland

KJH INSEL / LJBW e. V.

Schriftführer:

Herr Czech

Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift vom 13. März 2014
- 2 Informationen/Fragestunde
- 3 Fachthema: Umsetzung Bundesinitiative "Frühe Hilfen und Familienhebammen"
- 4 Haushaltsplanung 2015/2016 - Verwaltungsvorschlag zum Bedarf
- 5 Kommunikation mit Dresdner Kindern und Jugendlichen zeitgemäß gestalten – Jugendserver-App entwickeln
- 6 Berichte aus den Unterausschüssen

**A0875/14
beschließend**

Nicht öffentlich

- 7 Informationen

öffentlich

Einleitung:

Frau Oberbürgermeisterin Orosz begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste zur 54. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie leitet die heutige Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Es wurde form- und fristgerecht geladen.

Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen, sodass diese einstimmig bestätigt wird.

1 Kontrolle der Niederschrift vom 13. März 2014

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift. Sie wird einstimmig bestätigt.

2 Informationen/Fragestunde

Herr Prof. Dr. Breidung gibt einige Informationen zum aktuellen Stand des E-Kita-Systems und Datenschutzaspekten. Am 23. April 2014 habe eine korrekte Lieferung der Systemkomponenten stattgefunden. Zusammen mit dem Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen habe man die Funktionalitäten geprüft. Nach erfolgreicher Prüfung sei die Abnahme erklärt worden. Nun würde ein funktionierendes System mit Elternportal und Vermittlung vorliegen. Diese Grundfunktionalitäten wurden bereits am 1. September 2013 freigeschalten.

Allerdings mit den bekannten Einschränkungen. Die Anmeldungen hätten noch händig bearbeitet werden müssen. Das geschehe jetzt vollautomatisch. Es seien keine Änderungen durchgeführt worden, die den Umfang oder die Art der Datenerhebung geändert hätten. Somit ergebe sich keine Notwendigkeit für eine erneute Freigabeprozedur durch den Sächsischen Datenschutzbeauftragten. Trotzdem sei weiterhin mit dem Beauftragten Kontakt gehalten worden. Dem geänderten und finalen Datenschutz- und -sicherheitskonzept wäre zugestimmt. Des Weiteren würde sich die Verwendung der Daten durch die neuen Funktionalitäten ändern. Künftig arbeite auch die zentrale Vermittlungsstelle mit dem System.

Der Sächsische Datenschutzbeauftragte habe attestiert, dass die persönlichen Daten, welche erhoben würden, zur adäquaten Nutzung des Systems durch die Mitarbeiter/-innen der Einrichtungen zulässig und nötig wären. Morgen versende man ein Schreiben an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zu diesem Thema. Das sei ebenfalls mit dem Datenschutzbeauftragten abgesprochen. Das abgenommene System werde am 16. Mai 2014 produktiv gesetzt. Die Schulungen (Dauer etwa 4 Stunden) für die Nutzer/-innen würden vorbereitet und für Juni 2014 vorgesehen. Mindestens bis Ende August 2014 werde man zusätzlich die verschlüsselten E-Mails versenden. Die noch offenen Datenschutzproblematiken, die für den Systemumfang in Dresden keine Rolle spielen würden, habe man an die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung übergeben.

Herr Lippmann informiert, dass für das mobile Angebot in Dresden-Leuben fünf Bewerbungen vorlägen. Diese würden jetzt bewertet. Die Auswahl werde dem Unterausschuss „Jugendhilfeplanung“ am 2. Juni 2014 vorgelegt. Zum Auftrag, die in der „Haasenburg“ untergebrachten Kinder/Jugendlichen herauszufinden und anzuschreiben, erklärt er, dass man zu 21 Kindern/Jugendlichen die Kommunikation aufgebaut hätte. Fünf Briefe konnten jedoch nicht zugestellt werden. Vier Personen seien zu Gesprächen bereit. Diese werde man besuchen. Zur Klärung eines Einzelfalles der Ablehnung von Kindern durch den Kinder- und Jugendnotdienst habe man mit Herrn Stadtrat Hoffsommer verabredet, dass aufgrund der Spezifik des Falles, ein individuelles Gespräch mit ihm stattfände. Somit sei die Berichtspflicht im Gremium abgeschlossen.

Herr Bürgermeister Seidel gibt bekannt, dass man den Elternrat der Kindertageseinrichtung auf der Oskar-Seyffert-Straße 11 zur nächsten Sitzung des Unterausschusses „Kindertageseinrichtungen“ einladen werde um ihm im Rahmen der Behandlung des Fachplanes Kindertageseinrichtungen Gehör zu bieten.

Herr Pallutt gibt einen Hinweis zur ESF-Förderung der Jugendhilfe in Dresden, welche in der ausgereichten Information Nr. 04/2014 angesprochen wird. Es bestehe die massive Gefahr, dass zum 1. Januar 2015 die genannten Projekte wegbrechen, wenn nicht die Förderung gesichert sei. Für die Jugendwerkstatt „Profil“ würde dies bereits ab 1. August 2014 problematisch. Er bittet den politischen Teil der Mitglieder des Ausschusses einen Weg zur Zwischenfinanzierung zu finden.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz erläutert, dass Herr Bürgermeister Seidel und Herr Lippmann bereits mit entsprechenden Behörden im Gespräch seien. Man versuche schnell eine Lösung zu finden.

Ob es Angebote gäbe, welche gegenwärtig gefördert würden und gleichzeitig vor Beendigung wegen gefährlicher Bausubstanz stünden, möchte **Herr Stadtrat Kießling** wissen. Auch interessiert ihn, wie man betroffene Träger begleite.

Herr Lippmann erwidert, dass man den Ausschuss weiterhin informiere, wenn solche Probleme auftreten würden. Für das Angebot „East-End“ wäre die Situation bereits seit einigen Jahren bekannt. Der Termin zur Schließung wäre ebenfalls sehr lange bekannt. Das Gebäude als Standort werde es nicht mehr geben, ein Angebot werde aber fortgesetzt.

Frau Hörenz spricht den Teilfachplan an. Dabei habe man das Verfahren der Planungskonferenzen beschlossen. Für den Fall des Projektes „East-End“ habe sie das Gefühl, dass die Planung etwas schneller gehen müsste. Die Planungskonferenz in diesem Stadtraum finde allerdings erst 2015 statt. Sie interessiert, wie man zukünftig verfare, wenn eine Entscheidung zur Ausgestaltung eines Angebotes bei nachgeschalteten Planungskonferenzen getroffen werden muss.

Herr Lippmann merkt an, dass die Verhandlungen für „East-End“ gelaufen seien. Den Zwischenstand werde man kommunizieren. Sollten Planungskonferenzen absehbar nach dem Schließungstermin liegen, werde man das Thema im Unterausschuss vorbesprechen und danach in die Planungskonferenzen hineinragen.

Herr Schöne bedankt sich bei der Verwaltung, da das Männernetzwerk „Mirror“ erhalten bleibe. Des Weiteren fragt er, ob man bereits Unterstützung für das durch Frau Sperling in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses angesprochene Problem geleistet habe.

Herr Bürgermeister Seidel verweist zur Beantwortung der Frage auf Herrn Degenkolb. Gleichzeitig zeigt er auf, dass man den Nachantrag zur Förderung bearbeite. Die Vorlage dazu werde den Ausschuss im Oktober 2014 erreichen.

Frau Dahl fragt, wann die freien Träger Bescheide zu Investitionsvorhaben in 2014 erwarten könnten. Außerdem bittet sie, dass Frau Pilarski (Stadtplanungsamt) zur nächsten Sitzung des Ausschusses eingeladen werde, um zum Thema der Beteiligung von Jugendlichen durch Geocaching zu berichten.

Herr Lippmann entgegnet, dass man Frau Pilarski einlade, wenn es auf die Tagesordnung passe. Zum Thema der Bescheide erteile er innerhalb der nächsten zwei Wochen Auskunft.

Herr Degenkolb erklärt, dass eine Reaktion auf den Nachantrag seitens der Verwaltung im 3./4. Quartal 2014 viel zu spät wäre. Die Zeit dränge sehr. Es habe allein in den letzten sechs Wochen fünf Kindeswohlgefährdungen gegeben. Mit weniger als einer vollen Stelle wären diese Fälle nicht zu bewältigen. Die Zahlen der Asylsuchenden würden sich im Vergleich zum Jahr 2012 verdreifachen.

Es sei ein breites Netzwerk vorhanden, verdeutlicht **Herr Bürgermeister Seidel**. Auch andere Angebote, wie zum Beispiel der ASD, würden in Hilfssituationen greifen. Aufgrund der steigenden Asylzahlen habe man 7,8 VzÄ, also 8 Personen zur Betreuung der Asylsuchenden. Die Möglichkeit, über Nachanträge zu entscheiden, bestehe erst nach der Sommerpause, denn es müsse klar sein, welche finanziellen Ressourcen noch vorhanden wären.

Weiteren Informationsbedarf gibt es nicht.

3 Fachthema: Umsetzung Bundesinitiative "Frühe Hilfen und Familienhebammen"

Frau Röhr berichtet anhand einer Präsentation (Anlage) zur Umsetzung der Bundesinitiative „Frühe Hilfen und Familienhebammen“.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz bedankt sich und weist gleichzeitig darauf hin, dass das allgemeine Ziel stets die Erziehung zur Selbständigkeit sein müsse.

Frau Lietzmann möchte wissen, ob das Netzwerk auch Kinder von Crystal-abhängigen Eltern auffange oder ob es spezielle Angebote für sie gäbe.

Dieses Thema sei als eines der dringendsten in der letzten Zukunftswerksatt definiert worden, entgegnet **Frau Röhr**. Es werde weiter aufbereitet. Auch gäbe es bereits eine Kooperationsvereinbarung mit der Universitätsklinik. In der Klinik solle bereits ab der Entbindung geschaut werden, wie man helfen könne. Die frühen Hilfen hätten eine präventive Ausrichtung. Bestünde eine Kindeswohlgefährdung, reiche die Hilfe nicht aus. Der nächste Netzwerkfachtag drehe sich um Kindeswohlgefährdung, Schwangerschaft und Geburt.

Herr Stadtrat Kießling fragt, ob der Verwaltung klar wäre, wo die genannten 2,2 Stellen angebunden würden.

Herr Lippmann antwortet, dass die Ausschreibung gelaufen wäre. Festgeschrieben wären die Stellen im Teilfachplan. Man werde im Unterausschuss „Jugendhilfeplanung“ dazu berichten.

Weitere Fragen oder Anmerkungen gibt es nicht.

4 Haushaltsplanung 2015/2016 - Verwaltungsvorschlag zum Bedarf

Frau Dahl bringt den Antrag des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung“ ein und begründet diesen. Hintergrund zum fünften Punkt des Antrages sei die in § 80 Abs. 1 SGB VIII enthaltene Verpflichtung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen seiner Planung Vorsorge zu treffen, damit auch unvorhersehbare Bedarfe befriedigt werden könnten.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz verkündet eine aktuelle Information. Seit 2013 habe man 36 zusätzliche Stellen geschaffen. Weitere befänden sich in der Ausschreibung. Sie wäre froh, dass es keine organisatorischen Schwierigkeiten bei der Eingliederung der neuen Mitarbeiter/-innen gebe.

Herr Schöne bringt den Antrag des Unterausschusses „Kindertagesbetreuung“ ein und begründet ihn.

Ob sich der Antrag des Unterausschusses „Kindertagesbetreuung“ im Antrag des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung“ wiederfinde, möchte **Frau Oberbürgermeisterin Orosz** von Herrn Schöne wissen.

Herr Schöne stimmt dem zu.

Herr Schreiber erklärt, dass im Mehrbedarf des Jugendamtes von etwa 27 Mio. Euro knapp 26 Mio. Euro für den Bereich der wirtschaftlichen Hilfen zur Erziehung enthalten seien. Dies wären reale Kosten. Er kritisiert eine unehrliche Haushaltsplanung seitens des Kämmerers. Er beantragt die punktweise Abstimmung des Antrages. Der fünfte Punkt könne mit Blick auf den Kostenkonkretisierungsfonds nicht mit getragen werden.

Herr Stadtrat Kießling weist darauf hin, dass laut Gesetz Vorkehrungen zu treffen wären, um auf unerwartete Bedarfe reagieren zu können. Er fragt sich, wie anstelle des Betrages von 50 000 Euro darauf reagiert werden könne. Hätte man darauf eine Antwort, brauche man den fünften Punkt tatsächlich nicht.

Unerwartete Fälle könnten in jedem Bereich der Verwaltung auftreten, entgegnet

Herr Schreiber. Er habe in seiner zehnjährigen Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss noch nie erlebt, dass man unvorhergesehene Problemlagen nicht hätte gelöst.

Frau Dr. Hähne wirbt für den strittigen fünften Punkt, da unerwartete Bedarfe immer auftreten könnten und eine Rücklage eine Notwendigkeit sei.

Herr Stadtrat Kießling möchte noch einmal wissen, ob es einen anderen Vorschlag zur Sicherung vor unerwarteten Bedarfen gebe.

Dafür habe der Jugendhilfeausschuss den Kostenkonkretisierungsfonds geschaffen, verdeutlicht **Herr Schreiber**. Dadurch sei Vorsorge getroffen.

Frau Kultscher zeigt für die Abstimmung des vierten Punktes ihre Befangenheit an.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf, sodass **Frau Oberbürgermeisterin Orosz** zur punktweisen Abstimmung des Antrages bittet.

Beschlussvorschlag:

1. In Übereinstimmung mit § 70 SGB VIII befasste sich der Jugendhilfeausschuss mit der Bedarfsanmeldung der Verwaltung des Jugendamtes für den Doppelhaushalt 2015/2016. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, die Eckwerte für den Doppelhaushalt 2015/2016 (siehe Anlage) zur Kenntnis zu nehmen und bei der Aufstellung des kommunalen Haushaltsentwurfes zu berücksichtigen.

14 Ja 0 Nein 1 Enthaltung Zustimmung

2. Die Betreuung des 24-h-Kinderschutznotrufs gehört zu den pflichtigen Aufgaben des Jugendamtes. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den 24-h-Kinderschutznotruf durch die Hinweise der betriebserlaubniserteilenden Behörde (Landesjugendamt) zu folgen und das entsprechende Personal abzusichern. Dazu ist ein Mehrbedarf von mindestens 3,0 VzÄ sozialpädagogischer Fachkraft, in Abhängigkeit der ausstehenden Organisationsuntersuchung, in den Stellenplan mit aufzunehmen.

14 Ja 0 Nein 1 Enthaltung Zustimmung

3. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, sodass der für die Verwaltung des Jugendamtes ermittelte Stellenmehrbedarf von

insgesamt 36,47 VzÄ zum 1. Januar 2015 wirksam wird. Dazu sind alle Stellen frühzeitig auszuschreiben und zu besetzen.

10 Ja 0 Nein 5 Enthaltungen Zustimmung

4. Die Oberbürgermeisterin wird weiterhin gebeten, die Ersatzinvestition für das Kinder- und Jugendhaus „Pixel“ im kommunalen Haushaltsentwurf vorzusehen.

13 Ja 0 Nein 1 Enthaltung Zustimmung

5. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, dem Jugendhilfeausschuss weitere 50 000 Euro p.a. zur Verfügung zu stellen, um bei unvorhersehbaren Bedarfen im Sinne des § 80 Abs. 1 SGB VIII agieren zu können.

7 Ja 5 Nein 3 Enthaltungen Zustimmung

5 Kommunikation mit Dresdner Kindern und Jugendlichen zeitgemäß gestalten – Jugendserver-App entwickeln A0875/14 beschließend

Herr Schreiber stellt im Auftrag von Herrn Stolte den Beschlussvorschlag des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung“ vor. Man unterstütze das Anliegen des Antrages.

Herr Schöne begrüßt den Antrag ebenfalls. Allerdings fehlen ihm Vorschläge zur Finanzierung.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz merkt an, dass es sich dabei um überschaubare Kosten handeln würde. Dennoch würden natürlich die finanziellen Auswirkungen im Antrag fehlen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, tritt **Frau Oberbürgermeisterin Orosz** in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Kommunikation des Jugendamtes mit den Dresdner Kindern, Jugendlichen und allen in der Jugendhilfe tätigen Personen, unter Beteiligung dieser, dadurch zeitgemäß zu gestalten, dass die Inhalte des Jugendservers zukünftig auch im Rahmen einer Smartphone-App angeboten werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0

6 Berichte aus den Unterausschüssen

Es gibt keine Berichte aus den Unterausschüssen.

Auch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gibt es keinen Informationsbedarf. **Frau Oberbürgermeisterin Orosz** beendet die 54. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und bedankt sich für die konzentrierte Mitarbeit.

Helma Orosz
Vorsitzende

Matti Czech
Schriftführer

Dr. Cornelia Hähne
Stadträtin

Carsten Schöne
Mitglied